

IFSH organisiert internationale Abrüstungsveranstaltungen New York und Berlin

Zweiter Bericht der Deep-Cuts-Kommission veröffentlicht



Die Runde zur Veröffentlichung des 2. Berichts der „Deep Cuts“-Kommission, v.l.n.r.: Götz Neuneck, Victor Mizin, Patricia Flor, Steve Pifer, Angela Kane (Foto: © by GermanyUN)

Neben der konventionellen Rüstungskontrolle sind es nun auch vermehrt die nuklearen Rüstungskontrollregime, die im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise unter Druck geraten. Obwohl die momentane Krise in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland eigentlich nach verstärkten Krisenmechanismen ruft, besteht die Gefahr, dass in den kommenden Jahren die kooperativen Sicherheitsinstrumente zunehmend erodieren. Diese Gefahr betrifft nicht nur die bi- und multilateralen Verträge zwischen den USA, der NATO und Russland, sondern auch die globalen Abkommen nuklearer Abrüstung und Nichtverbreitung. Vom 27. April bis 22. Mai 2015 fand in New York die Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV) – des wichtigsten Vertrags zur globalen nuklearen Abrüstung – statt. Viele Beobachter befürchteten ein Scheitern der Konferenz.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das IFSH/IFAR² in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt am 30. April 2015 eine öffentliche Diskussionsrunde in der Ständigen Vertretung Deutschlands bei den Vereinten Nationen. Anlass der Diskussionsrunde, an der die neue deutsche Abrüstungsbeauftragte Patricia Flor, die scheidende Hohe Repräsentantin der UNO für Abrüstungsfragen Angela Kane, Steve Pifer (Brookings Institution), Victor Mizin (Russische Akademie der Wissenschaften) und Götz Neuneck (IFSH) teilnahmen, war die Veröffentlichung des zweiten Berichts der Deep-Cuts-Kommission (s. auch Veröffentlichungen, S. 4). Im Zentrum des Berichts stehen konkre-

Neuansätze bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa Internationaler Workshop in Berlin



Gernot Erler, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den OSZE-Vorsitz im Jahr 2016, auf der Eröffnungssitzung des Workshops zur konventionellen Rüstungskontrolle in Berlin

Gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt hat das Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am IFSH am 23. und 24. April 2015 im Roten Rathaus in Berlin einen internationalen Workshop zum Thema „Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa: Neue Ansätze in schwierigen Zeiten“ veranstaltet. Nach einem vorangegangenen Workshop im Juli 2013 war das die zweite gemeinsame Veranstaltung dieser Art.

Ziel des Workshops war es, mit neuen Gedanken zur aktuellen Diskussion über die grundsätzliche Bedeutung von konventioneller Rüstungskontrolle und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen (VSBM) sowie speziell über ihre Anwendbarkeit im Konfliktmanagement beizutragen. Der Workshop war ebenfalls dazu gedacht, Anregungen für die laufenden Vorbereitungen des deutschen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2016 zu geben. Zu diesem Zweck kamen zu dem Workshop mehr als 80 Regierungsbeamte und Wissenschaftler/-innen aus 25 Ländern sowie Vertreter/-innen von internationalen Organisationen zusammen.

Der Workshop ging von der Feststellung aus, dass Rüstungskontrolle und VSBM in Europa vor einer Reihe von grundlegenden sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Gernot Erler, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für den OSZE-Vorsitz im Jahr 2016, stellte in seiner Eröffnungsrede unter anderem fest, dass die Krise in der Ukraine deutlich die Lücke aufgezeigt habe zwischen dem Geist, in dem die Instrumente des bestehenden Rüstungskontrollregimes entwickelt worden seien, und den Bedingungen, unter denen sie heute anzuwenden sind. Patricia Flor, Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, unterstrich in ihrem Beitrag, dass Rüstungskontrolle den geänderten sicherheitspolitischen Konstellationen in Europa und nicht zuletzt auch den neuen Kriegstypen und Kategorien



te politische und technische Empfehlungen, um ein weiteres Übergreifen der Krise zwischen dem Westen und Russland auf die internationale Rüstungskontrolle zu verhindern.

Patricia Flor und Angela Kane warnten vor einer weiteren Verschärfung der Krise internationaler nuklearer Abrüstung. Flor betonte in ihrem einleitenden Statement, dass die jüngste Verletzung negativer Sicherheitsgarantien gegenüber der Ukraine durch Russland, ein Verstoß gegen das Budapester Memorandum von 1994, durch das das NVV-Regime schwächen könnte. Angela Kane verwies auf die Frustration vieler Nicht-Nuklearwaffenstaaten im Rahmen des NVV, die sich aus der Nicht-Einlösung der Abrüstungsbestimmungen des NVV durch die Nuklearwaffenbesitzer (China, Frankreich, Großbritannien, Russland, USA) speise. Götz Neuneck unterstrich in diesem Zusammenhang die Verantwortung der fünf Nuklearstaaten im Rahmen des NVV und verwies auf die Empfehlung des Deep-Cuts-Berichts, größere Transparenz im Hinblick auf nukleare Bestände und Einsatzdoktrinen anzustreben.

Steve Pifer und Victor Mizin widmeten sich in ihren Statements den Bereichen europäischer Sicherheit und strategischer Stabilität zwischen den USA und Russland. Als dringlichste Maßnahme gelte es zunächst, die gefährliche Praxis militärischer Übungsflüge ohne aktivierte Kommunikationstransponder zu beenden. Des Weiteren sollten die USA und Russland alle politischen Möglichkeiten ausschöpfen, um die jeweilige Einhaltung des Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF)



Angela Kane, Hohe Repräsentantin der UNO für Abrüstungsfragen, spricht über die Bedeutung des NVV (Foto: © by GermanyUN)

zu garantieren. Seit 2014 beschuldigen sich Washington und Moskau gegenseitig, den Vertrag zu brechen.

In der anschließenden Diskussion ging es dann unter anderem um die sogenannte „humanitäre Initiative“, die ein Verbot aller nuklearen Waffen weltweit anstrebt. Deutschland hat sich in dieser Frage bereits positioniert und verfolgt weiterhin eine Politik der „kleinen Schritte“. Die Diskussion machte jedoch deutlich, dass es in den kommenden Jahren immer schwieriger werden dürfte, signifikante Durchbrüche auf dem Weg nuklearer Abrüstung zu erzielen.

Kontakt: Ulrich Kühn

kuehn@ifsb.de

... weiter Workshop Berlin:



Teilnehmer/-innen des internationalen Workshops zur konventionellen Rüstungskontrolle in Berlin

der Kriegführung angepasst werden müsse. Viele Teilnehmer/-innen des Workshops waren sich darin einig, dass Rüstungskontrolle und VSBM auch weiterhin für die Wiederherstellung von gegenseitigem Vertrauen und zur Verbesserung von Transparenz und Berechenbarkeit in Europa unabdingbar seien. Eine Modernisierung des bestehenden Rüstungskontrollregimes sei von daher nach wie vor notwendig.

Kontakt: Wolfgang Zellner

zellner@ifsb.de

Frank Evers

evers@ifsb.de

IFSH beteiligt sich am Expertenworkshop zum Weißbuchprozess 2016



Dr. Jamie Shea (NATO), Dr. Géza von Geyr (BMVg) und Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen

Am 28. April 2014 fand in Brüssel der zweite Expertenworkshop im Rahmen des Weißbuchprozesses der Bundesregierung statt. Er wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) zusammen mit dem Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) organisiert. Im Beisein von Verteidigungsministerin Dr. Ursula von der Leyen, Dr. Géza von Geyr (Leiterin der Abteilung Politik im Verteidigungsministerium) und Jürgen Schulz (stellv. Politischer Direktor, Auswärtiges Amt) diskutierten Expert/-innen aus Politik, Ministerien und Forschung über das Thema

„Perspectives of Partnerships and Alliances“. Nach der Keynote Speech von Dr. Jamie Shea, stellv. Generalsekretär für neue Sicherheitsrisiken der NATO, erörterten im ersten Panel Robert Bell (US-Mission bei der NATO), General Wolfgang Wosolobe (Militärstab der EU) und Michael Rühle (Leiter Energiesicherheit, NATO) unter Leitung von Jürgen Schulz das Thema „The Evolution of International Alliances and Organizations and Their Significance for Germany's Security Policy“. Das von Dr. Gerhard Wahlers (stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung) moderierte 2. Panel befasste sich mit „Germany's Role and Interests in International Organizations, Alliances and Bi- and Multilateral Partnerships“. Kurzvorträge hielten Prof. Carlo Masala (Universität der Bundeswehr, München), Jan Techau (Carnegie Europe) und Hans-Georg Ehrhart (IFSH). Im von Camille Grand (Fondation pour la Recherche Stratégique, Paris) geleiteten 3. Panel diskutierten Olivier Landour (Direktor für Europa und Nordamerika im französischen Außenministerium), Daniel Keohane (FRIDE) und Prof. Christopher Dandeker

(King's College) über „Future Missions Between High-Intensity and Capability Building – Expectations Towards Germany“. Den Abschluss der Veranstaltung bildete ein öffentliches Kolloquium, das von einer Grundsatzrede der Verteidigungsministerin eingeleitet und von einer Paneldiskussion mit Géza von Geyr (Moderation), Jürgen Schulz, Gerhard Wahlers, Camille Grand und MdB Gisela Manderla (CDU/CSU) fortgesetzt wurde.

Kontakt: Hans-Georg Ehrhart

ebrhart@ifsb.de



Vorbereitungen auf die NVV-Überprüfungskonferenz 2015

Vom 27. April bis zum 22. Mai 2015 fand im VN-Hauptquartier in New York die Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages (NVV) statt. Schwerpunkte der alle fünf Jahre stattfindenden Konferenz sind u.a. der Disput mit dem Iran, die nichteingelöste Helsinki-Konferenz zur Bildung einer massenvernichtungswaffenfreien Zone im Mittleren Osten und der Stillstand bei der nuklearen Abrüstung. Vor diesem Hintergrund beteiligten sich die Mitglieder von IFAR² an einer ganzen Reihe öffentlicher Veranstaltungen. So nahmen am 21. April Katarzyna Kubiak und Ulrich Kühn für das IFSH in Berlin an einem Multistakeholder-Dialog teil, der von der Böll-Stiftung und ICAN-Deutschland organisiert wurde. Im Zentrum der Diskussion stand die sogenannte Humanitäre Initiative, die sich für ein weltweites Verbot von Atomwaffen engagiert und auf die NVV-Überprüfungskonferenz Einfluss zu nehmen versucht. Die Humanitäre Initiative umfasst inzwischen über 150 Unterstutzerstaaten. Beobachter sind sich einig, dass die Einbeziehung der humanitären Aspekte des Völkerrechts bei der NVV-Überprüfungskonferenz eine wesentliche Rolle spielt. In der Auftaktwoche der Konferenz nahmen Götz Neuneck und Ulrich Kühn am vom IFSH und seinen Projektpartnern organisierten Side-Event zur Präsentation des 2. Berichts der Deep-Cuts-Kommission im Deutschen Haus in New York teil (siehe Seite 1). Götz Neuneck ist gleichzeitig Mitglied der deutschen Verhandlungsdelegation. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung hat Katarzyna Kubiak vom 4.-5. Mai 2015

an der Konferenz „70/40/25 – The European peace and security order under threat – open space for a progressive peace policy“ teilgenommen und die Diskussionsrunde zum Thema „Eine neue Sicherheitsordnung in Europa“ geleitet. In Rom hatte bereits am 30. und 31. März die XIX. Edoardo Amaldi Konferenz stattgefunden, die von der italienischen Akademie der Wissenschaften und dem Joint Research Centre der Europäischen Kommission gemeinsam veranstaltet wurde. Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf „International Cooperation for Enhancing Nuclear Safety, Security, Safeguards and Non-proliferation“. Götz Neuneck, der zugleich Beauftragter für die Amaldi-Konferenzen bei der Union der Akademien der Wissenschaften ist, leitete das Panel zum Thema: „Scientific community actions to shape national perspectives towards a better synergy between safety, security and safeguards“. Vertreter aus den EU-Mitgliedstaaten, aber auch aus Russland, China und Israel betonten die Bedeutung von Rüstungskontrolle für die weitere internationale Nichtverbreitungspolitik. Schließlich veröffentlichte IFAR² ein Hintergrundpapier zur Rolle der EU bei der NVV-Konferenz mit dem Titel „Zentraler Akteur oder passiver Beobachter? Die Rolle und Strategie der Europäischen Union im Vorfeld der Überprüfungskonferenz des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages 2015“ von Luisa-Katharina Häslter.

Kontakt: Götz Neuneck

neuneck@ifsb.de

OSZE-Panel beim Schlangenbader Gespräch

Ende April fand unter dem Motto „Das Ende des europäischen Hauses: Was folgt?“ das 18. Schlangenbader Gespräch statt, ein renommiertes deutsch-russisches Gesprächsformat, organisiert von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, dem Moskauer Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO), der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Adenauer-Stiftung. Die gewachsene Rolle der OSZE kam darin zum Ausdruck, dass es, wohl erstmalig wieder seit vielen Jahren, ein Panel zur OSZE gab: „Die OSZE 40 und die gesamteuropäische Ordnung“. Dort diskutierte Wolfgang Zellner, der Leiter von CORE, mit Botschafter Andrei Kelin, Ständiger Vertreter der Russischen Föderation bei der OSZE, Andrei Zagorski, Leiter der Abteilung für Abrüstung und Nichtverbreitung am IMEMO, und Rolf Mützenich, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Dabei wurden durchaus unterschiedliche Schwerpunkte gesetzt. Von russischer Seite betonte man die „Renaissance der OSZE“ und regte eine Reihe von Themen an – darunter Rüstungskontrolle, transnationale Konflikte, Probleme eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsraums – die man im Rahmen der OSZE bearbeiten könne. So plausibel diese Vorschläge

insbesondere für deutsche Ohren klingen, so lassen sie doch auch den Versuch erkennen, vom Krieg in der Ukraine und der russischen Mittäterschaft dort abzulenken.

Zellner unternahm den Versuch zu klären, in welcher Konfliktkonstellation wir aktuell in Europa leben und welche Strategie vonnöten ist, um wieder ein Minimum an „gesamteuropäischer Ordnung“ zu schaffen. Dabei führte er aus, dass man zurzeit leider nicht mehr von einem Regime kooperativer Sicherheit sprechen könne, wie das trotz aller Defizite für die 1990er und frühen 2000er Jahre gegolten habe. Vielmehr sei die aktuelle Lage gekennzeichnet von einem dominant konfrontativen Verhältnis zwischen Russland und dem Westen, allerdings mit kooperativen Elementen. Dies erfordere eine Doppelstrategie aus Verteidigung und einem politischen Stabilitätsrahmen für Europa, eine Neuauflage des Harmel-Berichts von 1967. Konkrete Themen könnten u.a. Frühwarnung, Abrüstung, Peacekeeping und ein Dialog zwischen den jeweiligen Integrationsverbänden sein. Einig waren sich alle Teilnehmer des Panels in ihren hohen Erwartungen an den deutschen OSZE-Vorsitz 2016.

Kontakt: Wolfgang Zellner

zellner@ifsb.de

„Stell dir vor es ist Krieg. Zum wissenschaftlichen Umgang mit kriegerischer Gewalt“ Das IFSH auf dem AFK-Jahreskolloquium in Berlin

Vom 19.-21. März 2015 fand in Berlin das Jahreskolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) zum Thema „Stell dir vor es ist Krieg. Zum wissenschaftlichen Umgang mit kriegerischer Gewalt“ statt. Am Beginn der Veranstaltung stand in diesem Jahr die Eröffnungsrede von Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier, gefolgt von einer Podiumsdiskussion zum Review 2014-Prozess. Das IFSH war in zwei Panels vertreten. Sybille Reinke de Buitrago (ZEUS/IFSH) stellte mit Andrea Schneider und Henrike Viehrig ein Papier zu „Nationale Identitäten und die Logik der Angemessenheit bei Militäreinsätzen“ vor. Johann Schmid (BMVg, vorm. IFSH) moderierte das Panel „Formenwandel des Krieges als Herausforderung für die Friedens- und Konfliktforschung“. Hans-Georg Ehrhart (ZEUS/

IFSH) referierte zum Thema „Auf dem Weg zur postmodernen Kriegführung?“, Götz Neuneck (IFAR/IFSH) zu „Welchen Stellenwert hat Hochtechnologie im Krieg der Zukunft?“ und Sven Chojnacki (FU Berlin) zu „Neue Kriege – eine Kritik“.

Die Tagung beschäftigte sich des Weiteren mit Antikriegsfilmen, Geschlechterperspektiven auf Krieg und Frieden, Aspekten von Land und Ressourcen, Vermittlung in Kriegen und ethischen Fragestellungen. Außerdem trafen sich die Arbeitskreise der AFK. Sybille Reinke de Buitrago nahm am Treffen des Netzwerks Friedensforscherinnen teil, bei dem Gleichstellungsfragen innerhalb der AFK und der AFK-Tagungen diskutiert wurden.

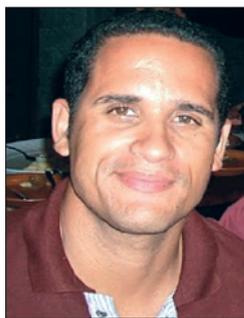
Kontakt: Sybille Reinke de Buitrago

reinkedebuitrago@ifsb.de



P E R S O N A L I A

Das IFSH begrüßt **Érico Esteves Duarte**, Juniorprofessor für Strategic and International Studies der Universität Rio Grande do Sul in Brasilien, der von April bis Dezember 2015 als Gastwissenschaftler in Hamburg tätig sein wird. Er analysiert internationale Konzepte und Praktiken zur Planung maritimer Sicherheit mit dem Ziel, einen normativen Rahmen zu schaffen, welcher der Evaluierung der brasilianischen maritimen Sicherheit dienen soll.



Das Meer repräsentiert eine entscheidende Variable für die Entwicklung Brasiliens. Sie hat das Land bezüglich der Ölproduktion nicht nur autark gemacht, sondern birgt durch die neu entdeckten "Pre-Salt Deposits" das Potenzial, Brasilien bis 2020 zu einem Ölexportierenden Land zu erheben. Wegen dieser Funde entschied sich nun das Verteidigungsministerium zu einer Neueinschätzung. Als erstes wurde das Joint Chief of Armed Forces innerhalb des Ministeriums kreiert, das den Streitkräften übergeord-

net ist und die Aufgabe hat, die Planung einer neuen nationalen Strategie zu unterstützen. Darüber hinaus wird in den nächsten vier Jahren ein neues Überwachungs- und Bewaffnungssystem konzipiert. 2013 wurde außerdem die South Atlantic Peace and Cooperation Zone (ZPCSA) wieder ins Leben gerufen, wodurch Brasilien seine Rolle als Marineberater und -ausbilder in westafrikanischen Ländern wieder verstärkt aufnahm und das neue Zentrum für interregionale maritime Operationen der Economic Community of West African

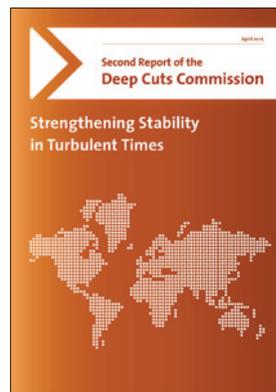
(ECOWAS) in Kamerun schwerpunktmäßig unterstützt. All diese Entwicklungen verlangen nun auch nach einem akademischen Fundament. Érico Duarte leitet und arbeitet seit 2012 in verschiedenen Forschungsgruppen, die sich mit diesem Themenfeld auseinandersetzen, und kooperiert seit zwei Jahren mit dem Kabinett des brasilianischen Verteidigungsministeriums und den Oberbefehlshabern der Marine.

Kontakt: *Érico Duarte* ericoduarte@gmail.com

und die Aussicht auf einen Stillstand in der nuklearen Rüstungskontrolle zählen dazu. Gleichzeitig erhöht sich die Wertigkeit von Rüstungskontrollmaßnahmen als vertrauensbildende Instrumente der Krisenprävention. Der zweite Bericht der Deep-Cuts-Kommission konzentriert sich auf die Bereiche konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle, die es nun zu stärken gilt, um ein weiteres Übergreifen der Krise auf die Mechanismen globaler nuklearer Stabilität zu verhindern. Der Bericht beinhaltet 15 konkrete Empfehlungen und weiterführende Maßnahmen mit dem Ziel der Aufrechterhaltung nuklearer Abrüstungspolitik.

Kontakt: *Ulrich Kühn*

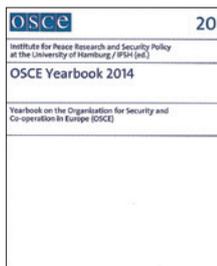
kuehn@ifsh.de



P U B L I K A T I O N E N

OSCE Yearbook 2014

Das OSZE-Jahrbuch 2014, dessen englische Ausgabe im April erschienen ist, blickt zurück auf die infolge der Ukrainekrise außergewöhnlich intensive Arbeit der weltweit größten regionalen Sicherheitsorganisation, die 2014 für Schlagzeilen gesorgt hat. Die 20.



Ausgabe des zu den Vorzeige-Publikationen des IFSH zählenden Jahrbuchs ist insbesondere dem Helsinki+40-Prozess und der anhaltenden Krise in der Ukraine gewidmet. Zu den Highlights gehören eine Würdigung der OSZE aus der Feder des ehemaligen russischen Außenministers Igor Iwanow, eine kritische Bewertung der Tätigkeit der Organisation in den 40 Jahren seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki sowie zwei „Insider“-Beiträge aus den Reihen der beiden aufeinanderfolgenden OSZE-Vorsitze der Schweiz und Serbiens. Der Generalsekretär der OSZE Lamberto Zannier erörtert darüber hinaus die Rolle der OSZE als regionale Abmachung nach Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen und Steven Pifer befasst sich eingehend mit der Entwicklung der amerikanisch-russischen Beziehungen in der jüngsten Zeit. Eine Vielzahl von Beiträgen, geschrieben von ausgewiesenen Expertinnen und Experten, stellen viele andere Facetten der Tätigkeit der OSZE, aber auch politische Entwicklungen in den Teilnehmer- und Partnerstaaten der OSZE vor – von Schottland bis zur Mongolei, von Afghanistan bis Nordafrika.

Kontakt: *Ursel Schlichting*
Graeme Currie

schlichting@ifsh.de
currie@ifsh.de

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 1/2015

Die Rolle des Sicherheitssektors in Demokratisierungsprozessen.

Die arabischen Aufstände, die im Jahr 2011 begannen, haben die zentrale Rolle der Streitkräfte und anderer Sicherheitsakteure nicht nur für die Aufrechterhaltung autoritärer Regime, sondern auch für deren Beseitigung bewiesen. Ohne Zweifel werden diese Akteure auch eine Schlüsselrolle bei der Bestimmung des künftigen Kurses der Demokratisierung – oder aber des Rückfalls in autoritäre Herrschaftsformen – in diesen Ländern spielen. Diese Entwicklungen haben in der Wissenschaft und bei politischen Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen neues Interesse an der Rolle des Sicherheitssektors in Demokratisierungsprozessen geweckt. Die Beiträge zeigen, dass es sich sowohl bei der Demokratisierung als auch bei Reformen im Sicherheitssektor um fragile Prozesse handelt, in denen Akteure des Sicherheitssektors positiv oder negativ auf Reformbemühungen einwirken können. Autoren zum Themenschwerpunkt sind: Wolfgang Mühlberger, Felix Heiduk, Nadja Douglas, Fairlie Chappuis und Joseph Siegle.



Außerhalb des Themenschwerpunkts stehen die USA bei zwei Artikeln im Untersuchungsfokus. Florian Böller analysiert die Beziehungen zwischen USA und Deutschland aus rollentheoretischer Perspektive seit 1991. Sybille Reinke de Buitrago untersucht die Konstruktionen des Selbst und des Anderen im Vergleich zwischen den USA und arabischen Partnern gegenüber dem Iran. Die Rubrik Forum mit Beiträgen von Thorsten Bonacker, Tanja Brühl, Olaf L. Müller und Hajo Schmidt behandelt in diesem Heft die Frage wie der Krieg gegen den Islamischen Staat und die Unterstützung westlicher Verbündeter mit Waffenlieferungen die Friedensforschung herausfordern.

Kontakt: *Patricia Schneider* schneider@ifsh.de

Strengthening Stability in Turbulent Times. Second Report of the Deep Cuts Commission, April 2015, Hamburg, Moskau, Washington.

Die Ukraine-Krise und die damit verbundene erneute Konfrontation zwischen dem Westen und Russland stellen eine Reihe akuter Gefahren dar: Unbeabsichtigte Zusammenstöße zwischen NATO und russischen Truppen

Christiane Fröhlich, Matthew R. Stevens. Trapped in Refuge: The Syrian Crisis in Jordan Worsens, 2 March 2015, Middle East Research and Information Project, <<http://www.merip.org/mero/mero030215>>.



Christiane Fröhlich und Matthew Stevens analysieren die kürzlich erfolgte Kehrtwende in der politischen Ausrichtung der jordanischen Regierung gegenüber Flüchtlingen aus Syrien, die kombiniert mit den Kürzungen bei Lebensmittelgutscheinen für syrische Flüchtlinge außerhalb der Lager, die aufgrund von Finanzierungsproblemen vom Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen Ende 2014 eingeführt wurden, einen extrem schädigenden Einfluss auf die bereits zuvor instabilen Lebensbedingungen von Syrern und Syrerinnen in Jordanien hat. Beide Politikwandel in Kombination zeigten dramatische soziale und ökonomische Wirkungen: einerseits der plötzliche und totale Zusammenbruch der Versorgungssicherheit, andererseits die daraus folgenden Bedrohungen für sozialen Frieden. Der wichtigste Punkt jedoch ist, dass diese Flüchtlinge durch die zunehmende Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit sowie durch die Reduzierung der Lebensmittelhilfen auf eine rein nominelle Maßnahme in zweifacher Hinsicht nicht anerkannt werden: weder als politische Subjekte noch als menschliche Wesen.

Kontakt: *Christiane Fröhlich*

froehlich@ifsh.de

Egon Bahr/Götz Neuneck: Against Renuclearising Europe, in: Forum: NATO and Russia, Survival Vol. 57 (2), April/Mai 2015, S. 130-139.

Die aktuelle Ausgabe der IISS Zeitschrift Survival beschäftigt sich mit einem Beitrag von Mathew Kroenig aus der Vorgängerausgabe, in der der Autor als Antwort auf die Ukrainekrise und die Besetzung der Krim die Reaktivierung der „Toolbox“ des Kalten Krieges, darunter die Entwicklung und Stationierung von neuen, taktischen Nuklearwaffen u.a. in Polen forderte. Egon Bahr und Götz Neuneck argumentieren, dass dies nicht nur zu einer neuen, gefährlichen Rüstungsdynamik führen würde, sondern in keiner Weise der Öffentlichkeit zu vermitteln sei. Weitere neue Nuklearwaffen würden die Abschreckungsfähigkeit des Westens nicht erhöhen. Der Westen ist konventionell überlegen und Nukleararsenale sind noch immer übertoll. Es wäre also klug, Präsident Obamas Vorschlag einer nuklearwaffenfreien Welt wieder aufzugreifen und konsequent in Rüstungskontrollverträge zu überführen, anstatt die westliche Überlegenheit zur Unterminierung aktueller Verträge wie dem gültigen INF-Vertrag zu nutzen.

Kontakt: *Götz Neuneck*

neuneck@ifsh.de



IFSH aktuell
Ausgabe 109
März/April 2015

Verantwortlich für diese Ausgabe: Leonie Brand, Susanne Bund, Anna Kreikemeyer

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83 · 20144 Hamburg
Tel. (040) 866 077 67 · Fax: (040) 866 36 15
E-Mail: ifsh@ifsh.de · <http://www.ifsh.de>